MEDIZINPRODUKTE
Jahrestagung der AGMP
→ **Seite 2**

E-LEARNINGS
25 Angebote der AÖGW
→ **Seite 3**

PDT EXPO 2025
Digitale Tools für den ÖGD
→ **Seite 6**

IM INTERVIEW
Dr. Anjali Scholten
→ **Seite 8**

BLiCKPUNKT
ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

AÖGW

AUSGABE 4/2025 | 41. JAHRGANG | ISSN 0177–7165 | DOI 10.61163/BLICKPUNKT-25-4

HERAUSGEBERIN: AKADEMIE FÜR ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

GESUNDHEITSÄMTER AKTIV IN DER STADTPLANUNG

Illustration: ma_rishi iStocK.com / bearbeitet von Marion Burbulla

Gesundheit entsteht im Alltag – dort, wo Menschen leben, arbeiten und sich bewegen. Stadtplanung formt diesen Raum und beeinflusst entscheidend Luftqualität, Lärmbelastung, Grünflächen, Nahversorgung oder soziale Teilhabe – insbesondere in dicht besiedelten Gebieten. Gesundheitsämter sind gefragt, gesundheitliche Aspekte in Bebauungspläne oder Umweltverträglichkeitsprüfungen einzubringen. Wie dies in der Praxis funktioniert, zeigen wir am Beispiel der Stadt Potsdam und des Projekts GFA_Stadt_Plus. Hagen ist das 100. Mitglied des Gesunde Städte-Netzwerks. Mit der Leiterin des dortigen Gesundheitsamts, Dr. Anjali Scholten, sprachen wir über die Chancen einer gesundheitsorientierten Stadtplanung.

Mehr auf den Seiten 4, 5 und 8

AUSGEWÄHLTE VERANSTALTUNGEN

29. JANUAR
Personalbedarfsplanung erfolgreich durchführen – Budgetverantwortung tragen
In der Veranstaltung lernen Führungskräfte aus Gesundheitsämtern, wie sie Personalbedarfsplanung und Budgetverantwortung verwaltungskonform umsetzen. Dabei liegt der Fokus neben der Wissensvermittlung auf der praktischen Anwendung durch die Arbeit in Kleingruppen.

2.–6. FEBRUAR
Basiskurs: Einführung in die Gesundheitsberichterstattung
Die Teilnehmenden erhalten einen ersten Überblick über die Aufgaben der Gesundheitsberichterstattung. In fünf halbtägigen Einheiten lernen sie relevante Datenquellen, Datenbanken und Indikatorensätze sowie Berichte, ihren Aufbau und ihre unterschiedlichen Formate kennen.

24. FEBRUAR
Intervention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt
Die Fortbildung richtet sich an Mitarbeitende der Sozialpsychiatrischen Dienste, der Schwangerenberatung, des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes und weiterer angrenzender Fachgebiete. Sie vermittelt Grundlagen und praxisnahes Wissen zur Erkennung, Ansprache und Unterstützung von Menschen, die von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffen sind.

16.–17. MÄRZ
Kongress Armut und Gesundheit
In Deutschland wachsen die sozialen Ungleichheiten – besonders Kinder und Jugendliche gehören zu den Leidtragenden. In Berlin widmet sich der 31. Kongress daher der Frage: „Was ist uns Chancengerechtigkeit als Gesellschaft wert?“

Alle Veranstaltungen der AÖGW finden Sie unter
→ **akademie-oegw.de**

Foto: A. Malinka | AÖGW

Fabian Hering, Juristischer Referent der AÖGW, begrüßt die Teilnehmenden der 4. Jahrestagung Medizinprodukte 2025.

JAHRESTAGUNG ARBEITSGRUPPE MEDIZINPRODUKTE

Autor:innen: **Ina Dosch**, Digitales und Kommunikation, **Fabian Hering**, Juristischer Referent, beide AÖGW

Am 8. und 9. September 2025 richtete erstmals die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen (AÖGW) die Jahrestagung der Arbeitsgruppe Medizinprodukte (AGMP) aus. Zu dieser vierten Jahrestagung Medizinprodukte kamen insgesamt über 180 Teilnehmende und Dozierende aus den unterschiedlichen Überwachungsbehörden aller Bundesländer, aus Wissenschaft und Medizin nach Düsseldorf.

„Die letzte Jahrestagung lag schon einige Jahre zurück. In den 30 Jahren Medizinprodukterecht gab es erst vier Tagungen", so Dr. Heide Schütt, derzeitige Vorsitzende der AGMP, in ihrer Begrüßungsrede. Inzwischen wurden verschiedene Gesetze und Verordnungen überarbeitet. So standen gleich mehrere Themenschwerpunkte auf der Agenda der diesjährigen Jahrestagung, etwa die seit Februar 2025 überarbeitete Medizinprodukte-Betreiberverordnung (MPBetreibV) sowie Hintergründe und Ausblick über die MDR (Europäische Verordnung über Medizinprodukte). Weitere Themen waren die Neuerungen bei der KRINKO/BfArM-Empfehlung für die Aufbereitung thermolabiler Medizinprodukte, Überwachungspraxis und Recht. Auch die fortschreitende Digitalisierung im Gesundheitswesen erfordert im Bereich der Medizinprodukteüberwachung Änderungen, die vorgestellt wurden.

Die Akademie zählte rund 160 Teilnehmende aus den verschiedenen Behörden und Institutionen, die für den Bereich Medizinprodukteüberwachung zuständig oder daran beteiligt sind, sowie rund 20 Referierende, unter anderem aus Überwachungsbehörden, dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), dem Robert Koch-Institut (RKI), dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) oder Medizinproduktehersteller.

Sie gaben einen umfassenden Überblick über die aktuellsten Entwicklungen, beantworteten Fragen und diskutierten mit den Teilnehmenden. Hands-on-Workshops boten Gelegenheit, neue Anforderungen, zum Beispiel an die Handhabung und Aufbereitung von Endoskopen in der Praxis, auszuprobieren und sich mit der Probenahme an Medizinprodukten oder der Klassifizierung von Software und Apps als Medizinprodukte auseinanderzusetzen. Weitere Fachvorträge zur Europäischen Datenbank für Medizinprodukte (EUDAMED) für Behörden, zur Überwachungspraxis Post Market Surveillance oder über Mikrobiologie rundeten die Jahrestagung ab.

„Es gibt kein anderes Format im Bereich der Überwachung von Medizinprodukten, bei dem so viele Personen aus unterschiedlichsten Behörden aus ganz Deutschland zusammenkommen", erklärte Fabian Hering, Juristischer Referent der AÖGW, der die Veranstaltung organisiert hatte. Ein persönliches Kennenlernen und intensiver Austausch trügen entscheidend dazu bei, künftig noch besser zusammenzuarbeiten und dadurch die Überwachung einheitlicher sicherzustellen, so Hering. „Ich würde mich auf jeden Fall außerordentlich freuen, im nächsten Jahr die Jahrestagung Medizinprodukte wieder ausrichten zu dürfen, sehr gern auch wieder in der Akademie am Standort Düsseldorf."

Zum Medizinprodukterecht bietet die AÖGW Aus-, Fort- und Weiterbildungen an.

Mehr Infos:
→ **aoegw.de/2fh5a**

IN KÜRZE

Doppelt ausgezeichnet: AÖGW erhält zwei Zertifikate

Die AÖGW hat das Zertifikat zum audit berufundfamilie erneuert und erstmals das Zertifikat audit beruf&vielfalt erhalten. Damit unterstreicht sie ihr Engagement für eine inklusive und familienfreundliche Personalpolitik. „Diese Auszeichnungen sind für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich", sagt Prof'in Dagmar Starke, kommissarische Leiterin der AÖGW. „Wir wollen eine Arbeitsumgebung schaffen, in der wir die Bedürfnisse von Familien immer mitdenken und alle ihre Potenziale entfalten können – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Lebensentwurf."

Um die Zertifikate zu erhalten, hat sich die AÖGW einem intensiven Auditierungsprozess unterzogen. Dabei hat sie nicht nur den Status quo analysiert, sondern auch konkrete Maßnahmen für die Zukunft entwickelt. Diese Maßnahmen sind in einer Zielvereinbarung festgehalten, die in den kommenden drei Jahren umgesetzt wird. Die berufundfamilie Service GmbH wird die AÖGW begleiten und die Umsetzung jährlich überprüfen.

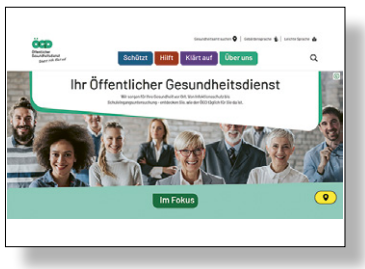
Foto: Bettina Engel-Albustin

Ute Teichert verlässt das Bundesgesundheitsministerium

Gesundheitsministerin Nina Warken hat Teile des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) umgebaut. Dies betrifft unter anderem die Abteilung 6, ehemals „Öffentliche Gesundheit". Abteilungsleiterin Dr. Ute Teichert musste ihren Posten räumen. Von 2014 bis zu ihrem Wechsel ins BMG 2022 war Teichert Leiterin der AÖGW. Unter dem Namen „Gesundheitssicherheit, Resilienz, Internationales, Europa" soll die Abteilung 6 fachlich neu ausgerichtet werden.

Themen der Öffentlichen Gesundheit wechseln in die Abteilung 3 des BMG. Diese heißt jetzt „Prävention, Krankheitsbekämpfung, Öffentliche Gesundheit" und wird von Dr. Silke Heinemann geführt, die bis 2024 das Amt für Gesundheit in Hamburg leitete. Abteilung 3 soll sich mit Infektionskrankheiten und nicht übertragbaren Krankheiten, Gesundheitskommunikation und dem öffentlichen Handeln befassen. Auch die Fachaufsichten für das Robert Koch-Institut und das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit liegen jetzt dort.

Mehr Infos:
→ **bundesgesundheitsministerium.de**



Kampagne und Website für den ÖGD

Unter dem Titel „Der ÖGD – Schützt. Hilft. Klärt auf." ist im September die im Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) vorgesehene Imagekampagne zur Stärkung der Gesundheitsämter gestartet. Die Kampagne wurde laut Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG) gemeinsam mit den 16 Landesgesundheitsministerien entwickelt, ein Baustein ist der länderübergreifende Internetauftritt.

Auf der Website erhalten Bürger:innen nicht nur Informationen zu den verschiedenen Tätigkeitsfeldern des ÖGD, sondern auch Kontaktdaten der Gesundheitsämter in ihrer Nähe. Dank einer integrierten Postleitzahlen-Suche finden Seitenbesucher:innen direkt das jeweils zuständige Amt. Begleitet wird die Imagekampagne zudem von einem Werbespot mit dem Schauspieler Simon Gosejohann, der auf YouTube veröffentlicht wurde.

Mehr Infos:
→ **oeffentlichergesundheitsdienst.de**

Neue PDT-Software-Empfehlungen für den ÖGD

Drei weitere Tools haben das Bewertungsverfahren im Projektbüro Digitale Tools (PDT) erfolgreich absolviert und werden von den Expert:innen-Beiräten für den Einsatz im Öffentlichen Gesundheitsdienst empfohlen: Mithilfe der Software-Suite der Polyteia GmbH können Gesundheitsämter ihre Bestandssysteme wie Mikropro, Octoware, ISGA oder DEMIS verbinden, alle Daten harmonisieren und institutionsübergreifend nutzen.

Im Rahmen der Amtshilfe durch die Gesundheitsämter geht es häufig um Drogenscreening oder Abstinenzkontrolle. Das Ruma Digital-System (Pro) digitalisiert das Verfahren zur Urinkontrolle, kann die obligatorischen Sichtkontrollen vor Ort ersetzen und Gesundheitsämter entlasten. Über die browserbasierte MC.health-Prüfungsplattform der DGG GmbH können Gesundheitsämter die sogenannte Kenntnisprüfung bei Heilpraktiker:innen vollständig digital anbieten.

Das PDT wird finanziert von der Europäischen Union NextGenerationEU.

Mehr Infos:
→ **p-dt.org**

SOMMERAKADEMIE 2025 DER AÖGW – „DIVERSITÄT IM ÖGD“

Autorin: **Ina Dosch**, Digitales und Kommunikation, AÖGW

Foto: A. Malinka | AÖGW

Dogukan Orman vom Essener Gesundheitsamt und Nicole Ginter, Gesundheit für Essen gGmbH, stellten die Essener Gesundheitskioske vor (v. l.)

Wir glauben, dass die Welt sich noch mal ändern wird…“ Gesundheit für alle. Aus Überzeugung! Unter diesem Motto, das auf einen Song der Band Die Toten Hosen anspielt, stand die diesjährige Sommerakademie der AÖGW am 12. September in Düsseldorf. Warum ein diversitätssensibler Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) nötig ist, was er leisten und vor allem, wie er aussehen kann – das beleuchteten die eingeladenen Referent:innen in ihren Vorträgen aus verschiedenen Blickwinkeln.

Menschen aus diversen sozialen Kontexten, mit unterschiedlichen kulturellen Identitäten, verschiedenen körperlichen Eigenschaften und unterschiedlichen Fähigkeiten erfahren noch immer strukturelle Benachteiligung. Dem kann ein diversitätssensibler ÖGD entgegenwirken – durch inklusive Angebote, kultursensible Kommunikation und partizipative Ansätze.

Prof’in Dagmar Starke, kommissarische Leiterin der Akademie, betonte bei ihrer Begrüßung: „Aufgrund der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen und Stimmungen halten wir es als ÖGD für absolut wichtig, uns mit dem Thema Diversität auseinanderzusetzen. Wir arbeiten in Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen und das ist es, was aus meiner Sicht den Öffentlichen Gesundheitsdienst ausmacht.“

„Unterschiede sind nicht als Problem zu sehen, sondern als wichtige Information und Einladung, unsere Arbeit wirksamer und vor allen Dingen auch menschlicher zu gestalten“, führte der Vorsitzende des AÖGW-Kuratoriums Dr. Klaus Jahn aus.

Weitere Vorträge und Workshops des Tages befassten sich mit der Frage, wie ein spezifischer Ethikkodex im ÖGD aussehen könnte, den Vorteilen einer Fusion von Gesundheits- und Jugendamt am Beispiel der Mannheimer Stadtverwaltung, der Entstehungsgeschichte und Arbeit der Essener Gesundheitskioske sowie kommunikativen Aspekten im Kontext der Diversität: Hierbei ging es darum, wie faktenbasierte Daten im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung möglichst unverzerrt kommuniziert werden können; und wie darüber hinaus etwa ein empathisches Storytelling, zum Beispiel zur sozioökonomischen Benachteiligung von Kindern, politisch-populistischen Aussagen entgegenwirken oder gar vorbeugen kann.

Die Teilnehmenden der Sommerakademie nutzten die Gelegenheit, diskutierten ausgiebig mit den Referent:innen und teilten auch ihre eigene Erfahrungen. So gab die Sommerakademie allen Anwesenden eine Fülle wertvoller Impulse, Anregungen und unkonventioneller Gedanken für eine gerechtere Gesundheitszukunft durch den ÖGD mit auf den Weg.

Mehr Infos:
→ **aoegw.de/sommer2025**
Weitere Infos im YouTube-Kanal der AÖGW, auf dem verschiedene Vorträge der Sommerakademie bereitstehen:
→ **aoegw.de/youtubekanal**

25 E-LEARNINGS ONLINE: NEUE KURSE DER AÖGW

Das Online-Angebot der AÖGW ist um vier neue E-Learnings gewachsen. Unter dem Titel „Telematikinfrastruktur: Anbindung von Gesundheitsämtern“ vermittelt der erste Neuzugang, wie mit der Telematikinfrastruktur (TI) ein effizienter und datenschutzkonformer Austausch sensibler Gesundheitsdaten gelingen kann. Im ebenfalls neuen E-Learning „Datenschutz im ÖGD“ steht der korrekte und verantwortungsvolle Umgang mit personenbezogenen Daten im Mittelpunkt. Nutzer:innen lernen die Grundlagen der DSGVO kennen und erfahren, welche Ausnahmen im Gesundheitswesen gelten.

Neu ist auch das E-Learning „Künstliche Intelligenz (KI) im Dienst der Gesundheit – Von der Idee zur Implementierung“. Es vermittelt Grundlagenwissen zu KI, zeigt konkrete Einsatzbereiche von KI-Tools im ÖGD und informiert zu rechtlichen Rahmenbedingungen. Das neueste E-Learning behandelt „KIM: Kommunikation im Medizinwesen“, den Messaging-Dienst innerhalb der TI. Es geht um Grundlagen (auch der TI), die Nutzung des Dienstes und um Unterschiede zwischen KIM und verschlüsselten E-Mails.

Alle neuen E-Learnings können innerhalb von 45 bis 60 Minuten absolviert werden und sind online jederzeit und von überall erreichbar. Einen Einschreibeschlüssel vergibt das Veranstaltungsbüro unter:
→ **veranstaltungsbuero@akademie-oegw.de**

Insgesamt hat die AÖGW damit bis heute 25 E-Learnings produziert – oft in Kooperation, wie zuletzt mit dem Gesundheitsamt Düsseldorf. Und die Räder stehen nicht still: Für das kommende Jahr sind fast 20 weitere E-Learnings geplant. Einen kleinen Einblick in das Datenschutz-E-Learning gibt es hier:
→ **YouTube**
Zum E-Learning-Angebot:
→ **aoegw.de/elearnings**

ANZEIGE

Die Notapotheke der Welt.
Jede Spende hilft:
IBAN: DE12 3206 0362 0555 5555 55
www.medeor.de
action medeor

Foto: AÖGW

Zu Gast beim Robert Koch-Institut

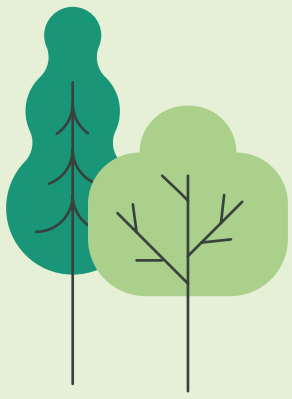
GEGENWART TRIFFT AUF VERGANGENHEIT: EIN BESUCH IM RKI

Am 12. Oktober war der 22. Weiterbildungskurs (WBK) der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen (AÖGW) zu Gast im Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin. Besonders für die Zahnärztinnen, die den WBK komplett digital absolvieren, war es der erste persönliche Kontakt zu den anderen Teilnehmenden – bislang kannten diese sich nur aus Webex-Sitzungen.

Am Vormittag veranschaulichte ein interaktives Rollenspiel die Mechanismen der Infektionsüberwachung. Am Nachmittag ging es auf eine Reise durch mehr als ein Jahrhundert Medizingeschichte. Den Abschluss bildete der Besuch des RKI-Museums und der historischen Bibliothek. Dort konnten die Teilnehmenden unter anderem den Schreibtisch von Robert Koch bestaunen sowie Fachliteratur aus fünf Jahrhunderten entdecken.

Modulleitung Dr. Nicole Rosenkötter zieht eine positive Bilanz: „Vor allem das aktive Erleben hat unseren Teilnehmenden gut gefallen – sowohl das Live-Schaubild zur Infektionssurveillance als auch das Vor-Ort-Sein im RKI. Das war schon sehr besonders.“

ERFOLGSFAKTOREN EINER GESUNDEN STADTPLANUNG



Autor: **Frank Naundorf**, Leiter Digitales und Kommunikation, AÖGW

Ein Werkzeug in diesem Kontext ist die Gesundheitliche Folgenabschätzung (Health Impact Assessment, HIA). Sie ermöglicht, die gesundheitlichen Auswirkungen von Planungsentscheidungen systematisch zu prüfen – ähnlich wie Umwelt- oder Sozialverträglichkeitsprüfungen.

Einige Gesundheitsämter nutzen dieses Instrument bereits, um die gesundheitlichen Chancen und Risiken von Projekten wie neuen Wohnquartieren, Verkehrsinfrastruktur oder Gewerbegebieten zu bewerten. Dabei geht es nicht nur um Schadstoffe oder Lärm, sondern auch um psychische Gesundheit, Bewegungsförderung und soziale Gerechtigkeit.

INTERDISZIPLINARITÄT

Gesunde Stadtplanung gelingt indes nur, wenn Planer:innen, Umweltfachleute, Sozialwissenschaftler:innen und der ÖGD eng zusammenarbeiten und das Vorhaben auch politisch Unterstützung findet. Einige Kommunen haben inzwischen Gesundheitskonferenzen, Gesundheitsregionen oder Netzwerke für gesundheitsfördernde Stadtentwicklung eingerichtet, um den ämterübergreifenden Austausch zu fördern.

Hier können auch Daten der Gesundheitsberichterstattung genutzt werden, vor allem zur Kinder- und Jugendgesundheit, um auf soziale und gesundheitliche Ungleichheiten aufmerksam zu machen. Stadtplanung ist aber noch mehr: Es gilt, gesundheitliche Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen und alle Lebensphasen auch städtebaulich anzustreben und besonders sozioökonomisch benachteiligte Stadtteile und Gruppen in den Blick zu nehmen.

INTEGRATION

Aktuell vollzieht sich in der städtebaulichen Planungspraxis ein Wandel: Zu den traditionellen Instrumenten der Stadtplanung treten weitere, zumeist integrierte und integrierende Ansätze wie Bürger:innendialoge hinzu. Städtebauförderungsprogramme wie das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt bzw. Sozialer Zusammenhalt fordern, sozial gerechte und gesundheitsförderliche Lebensbedingungen zu schaffen.

Mit Inkrafttreten des Präventionsgesetzes 2015 und mit dem neuen Leitfaden Prävention des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenkassen wird der Kommune bzw. den Quartieren besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das ermöglicht den Gesundheitsämtern, das Thema Gesundheit im Sinne von Health-in-All-Policies mancherorts mit eigenen Fördermitteln im Rahmen integrierter kommunaler Entwicklungsstrategien einzubringen.

INVESTITION

In vielen Kommunen fehlen jedoch die personellen Ressourcen, um das Potenzial dieser Aufgaben für die Gesundheit der Bevölkerung vollständig zu nutzen. Der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit hat 2021 gefordert, den ÖGD nachhaltig zu stärken: „Um Belange gesundheitlicher Chancengleichheit in der räumlichen und Umweltplanung (u.a. Stadtentwicklung/Stadtplanung, Freiraumplanung, Lärmaktionsplanung, Luftreinhalteplanung, Verkehrsplanung, Wohnentwicklungskonzepte) zu stärken und damit gesundheitsförderliche Lebenswelten zu schaffen, ist es erforderlich, den ÖGD in den Kommunen zu qualifizieren bzw. Fachkräfte einzubinden."

Gesundheitsämter können mit den nötigen Fachkräften wichtige Partner in der Gestaltung lebenswerter Städte sein. Hierzu braucht es verbindliche Beteiligungsrechte, interdisziplinäre Netzwerke und eine Kultur, in der Stadtplanung und Gesundheit gemeinsam gedacht werden. So ließe sich das Ziel einer gesunden, nachhaltigen und sozial gerechten Stadtentwicklung in Deutschland verwirklichen.

MEHRWERT FÜR ALLE: GESUNDE STADTPLANUNG VON ANFANG AN

Autorin: **Mechthild Bausch**, Redakteurin, Team Digitales und Kommunikation, AÖGW

Foto: N. Bausch | AÖGW

Annette Händlmeyer, Gesundheitsplanerin am Gesundheitsamt Potsdam

Uetz-Paaren ist ein Ortsteil von Potsdam, der wächst. Vor allem junge Familien ziehen hierher an den Stadtrand – rund ein Drittel der 446 Einwohner:innen sind Kinder und Jugendliche, sagt Annette Händlmeyer: „Die müssen wir im Blick haben." Denn demnächst soll ein Bebauungsplan für das dörflich geprägte Uetz-Paaren erstellt werden. Als Gesundheitsplanerin geht es Händlmeyer um die Frage, wie Prävention und Gesundheitsförderung hier am besten von Anfang an mit eingebaut werden. „Dazu gehören zum Beispiel sichere Verkehrswege für Kinder und Jugendliche", sagt die Expertin. Auch Maßnahmen für den Hitzeschutz zählen dazu, und öffentliche Einrichtungen wie Bürgerhäuser, in denen sich Menschen treffen können, wenn sie sich einsam fühlen, Aufenthaltsorte im Freien für körperliche Aktivitäten und vieles mehr. Die Grenzen der Zuständigkeiten in der Verwaltung sind häufig fließend. „Für eine integrierte Gesundheits- und Sozialplanung im Rahmen der Stadtentwicklung ist daher eine ämterübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich", weiß Händlmeyer. Wie man diese frühzeitig intensivieren kann, probieren sie und ihre Kolleg:innen im Gesundheitsamt Potsdam gerade aus.

POTSDAM IST MODELLSTADT

Potsdam ist eine von zwei Modellstädten im Forschungsprojekt GFA_Stadt_Plus. GFA steht für Gesundheitsfolgenabschätzung. Dieses bereits 1999 von der WHO als Health Impact Assessment definierte Verfahren hat sich in Deutschland aus der Gesundheitsverträglichkeitsprüfung entwickelt – und verdient laut Händlmeyer noch deutlich mehr Aufmerksamkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Mithilfe eines speziell entwickelten Online-Tools und Phasen-Modells, dem sogenannten GFA-Demonstrator, wird sie in den kommenden Monaten mögliche gesundheitliche Auswirkungen von Planungsprojekten in Uetz-Paaren erfassen. Dabei kann sie die Stärke der absehbaren Effekte auf rund ein Dutzend Kriterien – darunter Wohnverhältnisse, Teilhabe, Zugang zu gesunden Lebensmitteln und vulnerable Gruppen – per „Regler" angeben. Andere Fachbereiche der Potsdamer Verwaltung – z. B. Stadtplanungsamt, Umweltamt, Bauamt und Sozialamt – befüllen die Kollaborationsplattform ebenfalls, bevor die Daten im nächsten Schritt ausgewertet werden.

„In Planungsprozessen haben bisher sehr oft die Gesundheitsämter in der ressortübergreifenden Zusammenarbeit gefehlt", sagt Professorin Heidi Sinning, Leiterin des Instituts für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt (ISP der FH Erfurt) und Sprecherin des interdisziplinären Forschungsteams, das den GFA-Demonstrator entwickelt hat. Das vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt geförderte, im April in der zweiten Phase gestartete Projekt GFA_Stadt_Plus (im Anschluss an GFA_Stadt) wird vom ISP der FH Erfurt und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) in einer weiteren Laufzeit von drei Jahren umgesetzt. „Die Anwendung des GFA-Demonstrators soll möglichst simpel sein, muss aber gleichzeitig auch der Komplexität der Planungsverfahren und der Gesundheitsaspekte gerecht werden", so Sinning weiter, „auch sollte der Mehrwert für die Kommunen leicht ersichtlich sein." Denn schließlich gebe es inzwischen „in vielen Bundesländern Vorgaben für den ÖGD, sich an Planungsverfahren zu beteiligen; zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen".

AUCH BOCHUM NUTZT DEN GFA-DEMONSTRATOR

Dort befindet sich die zweite Modellstadt des Projekts: In Bochum wurde der 19.000 Einwohner:innen zählende Stadtteil Werne zum Stadtteilentwicklungsgebiet erklärt, und auch im Bochumer Gesundheitsamt wird gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt der GFA-Demonstrator zurzeit eingesetzt. Als Modellstadt „wollen wir für die Bochumer Bürgerinnen und Bürger eine gesunde Lebensumwelt schaffen und gesundheitliche Ungleichheiten in der Stadt abbauen. Zudem wollen wir Gesundheitsaspekte und die Auswirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung als relevantes Querschnittsthema in der Stadt etablieren", heißt es auf Nachfrage aus dem Gesundheitsamt. Bei der Weiterentwicklung des GFA-Tools sollte nach Meinung der Bochumer Nutzer:innen darauf geachtet werden, dass es „als praxistaugliches Instrument auch unter Bedingungen begrenzter Ressourcen der Gesundheitsämter dazu beiträgt, diese Ziele besser zu erreichen".

„Die Kooperation mit allen Akteur:innen in Potsdam und Bochum läuft ausgesprochen gut, konstruktiv und produktiv", resümiert Sinning die Screening-Phase. Auch ÖGD-Mitarbeitende aus anderen Städten und Gemeinden zeigten sich interessiert am Einsatz des GFA-Tools. Der erwartete Mehrwert liege darin, dass „die Begleitung und Kommentierung von Planungsprozessen damit systematisch und transparent, aber auch leichter erfolgen kann". Dafür müsse es allerdings noch mehr Kompetenz auf den jeweils anderen Fachgebieten geben. Ab 2026 sollen daher gezielte Fortbildungen zur Gesundheitsfolgenabschätzung am Beispiel konkreter Anwendungsfälle sowohl für den ÖGD als auch für die Planungsämter stattfinden.

Bis dahin ist auch die Potsdamer Gesundheitsplanerin wieder einen Schritt weiter mit der Vorarbeit. Diese ist aus ihrer Perspektive in vielerlei Hinsicht wichtig: Wenn der Bebauungsplan für Uetz-Paaren Gestalt annimmt, muss auch darüber diskutiert werden, wie negative Auswirkungen konkret abgewendet, positive Effekte verstärkt und vulnerable Gruppen nachhaltig geschützt werden können. Ganz gleich, ob dann über mobile Arztsprechstunden, Kochkurse für Migrant:innen oder Bewegungsangebote für alte Menschen beraten werde: „Wir brauchen als ÖGD immer eine gute und fundierte Argumentation, wenn es um die Umsetzung von Prävention und Gesundheitsförderung geht, besonders da deren Auswirkungen in der Regel nicht direkt messbar sind", sagt Annette Händlmeyer. „Denn wir sind dabei oft auch auf den politischen Willen angewiesen."

Proaktive Rolle der Gesundheitsämter

Die Herausforderung besteht darin, gesundheitliche Aspekte wie Ruhe, Erholung, Wohlergehen, Bewegung, Stressbewältigung und Entspannung noch stärker als bisher in die relevanten Planungen der Kommunen einzubringen. Hier geht es um Stadtgrün und Spielplätze, um den Bau neuer und die Qualifizierung bestehender Wohngebiete, um das Stadtklima, um die Mobilität, die öffentlichen Räume, den Lärmschutz oder die Luftreinhaltung. Es geht also um die Lebensverhältnisse in den Quartieren, in denen die Bevölkerung wohnt, unabhängig von Einkommen, Herkunft und Alter. Diese Pläne und Konzepte können mehr Gesundheit enthalten, wenn sich die Gesundheitsämter frühzeitig und qualifiziert in die Planungen der zuständigen Ämter einbringen. Hier besteht noch viel Nachholbedarf. Aufseiten des ÖGD geht es dabei um planerische Kompetenz und die personellen Ressourcen.

Generell brauchen wir den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus. Städtebauliche Hitzevorsorge und das gesundheitsbezogene Handeln bei Hitzeereignissen sind zentrale Themen, bei denen Stadt- und Umweltplaner:innen sowie die Gesundheitsämter auch weiterhin gemeinsam gefragt sind. Hier bestehen Schnittstellen zum Erhalt des Stadtgrüns und auch zur Bodenentsiegelung. Grünräume wiederum sind zugleich Bewegungsräume. Zufußgehen und Radfahren sind gesundheitsfördernd. Das sollte auch Anlass dafür sein, Alltagsmobilität neu zu denken. Eine gesunde Stadt zu entwickeln bedeutet, innerhalb der Verwaltung voneinander über Gesundheit und Planung zu lernen, Wissen und Daten auszutauschen. Gesundheitsämter müssen hier eine proaktive Rolle einnehmen. Bei Fachplanungen zu Stadtplanung, Umwelt, Lärmminderung, Stadtgrün, Klimaanpassung und Verkehr sollten Gesundheitsämter frühzeitig ihre Belange einbringen. Auch in regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen oder Jour fixes können sich Gesundheitsämter und die planenden Ämter austauschen. Darüber hinaus braucht die gesunde Stadt den engen Schulterschluss mit der Kommunalpolitik und eine aktive Beteiligung der Stadtgesellschaft und der Fachöffentlichkeit.

Thomas Preuß, Wissenschaftler im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Forschungsbereich Umwelt

BIÖG unterstützt mit dem StadtRaumMonitor

Gesundheit entsteht dort, wo Menschen leben, arbeiten und sich bewegen. Für eine wirksame Prävention und Gesundheitsförderung ist die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten daher zentral. Der ÖGD kann hier entscheidend beitragen, indem er gesundheitliche Aspekte systematisch in stadtplanerische Prozesse einbringt. Er verfügt über umfangreiches Fachwissen, aussagekräftige Daten und lokale Netzwerke. Seine Expertise – zum Beispiel im Hitzeschutz oder in der Bewegungsförderung – liefert wichtige Informationen für eine Planung, die die Gesundheit der Menschen im Blick hat.

Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG) unterstützt dabei mit praxisnahen Instrumenten für eine gesundheitsorientierte Stadtentwicklung. Beispielhaft sind hier zwei Instrumente zu nennen: der StadtRaumMonitor, ein partizipatives Tool zur Bewertung und Mitgestaltung kommunaler Räume, sowie der Impulsgeber Bewegungsförderung, der Kommunen dabei unterstützt, bewegungsfreundlicher zu werden. Im Mittelpunkt steht der Gedanke der Ko-Kreation: Stadtentwicklung gelingt, wenn Verwaltung, ÖGD und Bevölkerung gemeinsam handeln. Darüber hinaus unterstützt der vom BIÖG geförderte Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit bundesweit Kommunen beim Aufbau integrierter kommunaler Strategien. Gesundheit sollte als Leitprinzip in allen Politikbereichen verankert werden. Der ÖGD trägt dazu bei, diese Perspektive effektiv in die Stadtplanung einzubringen.

Dr. Christoph Aluttis, Referatsleiter im Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG)

Gesunde Stadtgesellschaft Leipzig

2018 wurde erstmals im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 Gesundheit als Querschnittsthema aufgenommen und die Schaffung und Sicherung gesunder Lebensverhältnisse vor allem in Hinblick auf gesundheitliche Chancengerechtigkeit als zentrales Handlungsfeld genannt. Seither wird das Gesundheitsamt aktiv über ämterübergreifende Workshops in eine Vielzahl von Fachplanungen und Konzepten einbezogen: vom Masterplan Grün und dem Gesamtkonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten über Stadtteilentwicklungspläne bis hin zur Integrierten Kinder- und Jugendhilfeplanung oder dem Hitzeaktionsplan.

Für Quartiere mit besonderem Handlungsbedarf übernimmt die Koordinierungsstelle kommunale Gesundheit im Sinne des „parallel tracking" eine Brückenfunktion. Sie entwickelt daten- und bedarfsorientiert gemeinsam mit den Akteur:innen vor Ort passgenaue Gesundheitsförderungsprojekte. Gleichzeitig fließen die so gewonnenen Bedürfnisse der einzelnen Quartiere in die Aktualisierung von Planungsinstrumenten wie z. B. Stadtteilentwicklungsprogrammen ein.

Um der „Gesunden Stadt" noch mehr Gewicht zu verleihen, wird sie in der neuen „Leipzig-Strategie 2035" explizit dem strategischen Ziel „Stadtgesellschaft zusammenhalten" zugeordnet und fokussiert u. a. die an den Klimawandel angepasste Stadtgestaltung. Im Sinne des One-Health-Approach müssen Gesundheit und Stadtplanung zusammen gedacht werden, um nachhaltig wirksam zu sein.

Dr. Karoline Schubert, Sachgebietsleiterin Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung, und Dr. Ulrike Leistner, Koordinatorin Kommunale Gesundheit; beide Gesundheitsamt Leipzig

Unser Lebensraum prägt unsere Gesundheit

Die Gesundheit der Menschen hängt nicht nur von ihrem Verhalten, sondern von ihren Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen ab. Das Modell der sozialen Determinanten der Gesundheit beschreibt diese Zusammenhänge. In Städten prägen Faktoren wie Bildung, soziale Teilhabe, Luft- und Wasserqualität, Wohnraum, Verkehr, Freizeitangebote, Grünflächen und medizinische Versorgung die Gesundheit. Sozioökonomisch benachteiligte Gruppen leben oft in Quartieren, die im Hinblick auf diese Faktoren schlechter aufgestellt sind. Dadurch steigt ihr Risiko für Krankheiten und vorzeitige Sterblichkeit. Bevölkerungsgesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit erfordern daher auch strukturelle Veränderungen: Es reicht nicht, Menschen zu einem gesunden Lebensstil zu ermutigen. Sie müssen auch in Umgebungen leben, die einen solchen Stil ermöglichen beziehungsweise ihm nicht entgegenwirken. Städte können dazu beitragen – und tun dies auch schon, etwa durch klimaneutralen Verkehr, mehr Freiflächen oder wohnortnahe Freizeit- und Gesundheitsangebote.

PD Dr. phil. Simone Weyers, Arbeitsgruppenleiterin am Institut für Medizinische Soziologie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

AÖGW-Fortbildungsreihe: ÖGD und Stadtentwicklung

Die AÖGW plant für Mitte 2026 eine neue digitale Fortbildungsreihe zur Stadtentwicklung für Gesundheitsämter, u. a. zu Grün- und Freiraumplanung, Bauleitplanung oder Lärmaktionsplanung mit Beispielen aus der kommunalen Praxis.

Mehr Infos:
→ **akademie-oegw.de/fortbildung**

Fotos: A. Malinka | AÖGW

Abb. links:
Prof'in Dr. Dagmar Starke, kommissarische Leiterin der AÖGW, begrüßte über 80 Teilnehmende in Düsseldorf.

Abb. rechts:
Frank Naundorf (Leiter Team Digitales und Kommunikation, AÖGW) beim Workshop „Mit- und Nachnutzung von Landeslösungen: Rechtliche und organisatorische Herausforderungen"

ÖGD LÄNDER CONNECT: PERSPEKTIVEN FÜR DIE DIGITALISIERUNG

Autorin: **Simone Seidensticker**, Seidensticker Kommunikation GbR

Von der Bilanz bis zur Zukunftsfrage – die zweite ÖGD Länder Connect-Tagung zeigte, wie viel die Digitalisierungsprojekte aus dem ÖGD-Pakt erreicht haben und welche Herausforderungen noch bevorstehen. In einem Punkt waren sich die Teilnehmenden einig: Es bedarf auch über 2026 hinaus einer Verstetigung laufender Projekte und des übergreifenden Austauschs.

Digitalisierung, Vernetzung und Zukunftsplanung standen im Mittelpunkt der zweiten ÖGD Länder Connect-Tagung, zu der die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen (AÖGW) nach Düsseldorf eingeladen hatte. Mehr als 80 geladene Teilnehmende nahmen die Gelegenheit zum Austausch über Digitalisierung im ÖGD vor Ort oder im Live-Stream wahr.

APPLIKATIONSLANDKARTE UND PANELDISKUSSION

Seit Beginn des ÖGD-Pakts wurden 67 Digitalisierungsprojekte auf Länderebene initiiert. Keynote-Speaker Tim Kaukereit (Geschäftsstelle UAG Digitalisierung) präsentierte zum Auftakt der Tagung eine „Applikationslandkarte" mit laufenden und abgeschlossenen Maßnahmen.

Im ersten Panel sprachen Clara Lankes (Hessen), Dr. Bertram Geisel (Baden-Württemberg) und Dr. Sabine Hermann (UAG Digitalisierung) über ihre zentralen Erfahrungen. Unterschiedliche Modelle – von Open Source bis SaaS-Plattformen – böten Chancen, erforderten aber eine kontinuierliche Koordination. Zentral bleibe die Frage, wie das bereits Erreichte und der ausführliche Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aller Bundesländer gesichert werden könne: „Wir brauchen auch über 2026 hinaus eine Verstetigung der Transformation, ansonsten drohen in Teilen Digitalisierungsruinen", unterstrich Sabine Hermann. Damit traf sie auf breite Zustimmung im Auditorium.

EVALUATION, WORKSHOPS UND ATELIERRUNDGANG

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf der Evaluation des Förderprogramms Digitalisierung. Dr. Stephan Heinrich (Prognos AG) betonte in seinem Vortrag, dass qualitative Erkenntnisse für die Weiterentwicklung im Digitalisierungsprozess des ÖGD wichtiger seien als reine Zielquoten. In vier parallel stattfindenden Workshops vertieften die Teilnehmenden praxisnah Themen wie digitaler Reifegrad, Nachnutzung von Landeslösungen oder Telematikinfrastruktur. Ein Online-Workshop widmete sich parallel dem Thema Robotic Process Automation (RPA). Beim „Atelierrundgang" präsentierten die Länder ihre ELFA-Projekte – innovative Anwendungen, die anderen Ländern zur Nachnutzung bereitstehen.

Am Nachmittag diskutierten Dagmar Starke (AÖGW), Dr. Nicole Richardt (Geschäftsstelle Interoperable Schnittstellen im ÖGD), Sami Oldenburg (UAG Digitalisierung) und Jonas Seidel (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung) über Sicherung, Finanzierung und Weiterentwicklung. Einigkeit bestand darin, dass Austauschformate entscheidend für den Erfolg sind. „Die Bereitschaft, auf föderaler und kommunaler Ebene neue Formate zu nutzen, ist groß – hier wird mit viel Herzblut gearbeitet", so Richardt.

Zugleich wurde gewarnt, dass mit dem Auslaufen des ÖGD-Pakts ein Verlust an Wissen und Kooperation drohe. „Digitalisierung ist ein dauerhafter Prozess – sie hat keinen Endpunkt", sagte Dagmar Starke. Sie unterstrich abschließend: „ÖGD Länder Connect zeigt, dass Digitalisierung im ÖGD nur im Miteinander gelingen kann. Wir haben heute gesehen, wie viel schon erreicht wurde – und dass es jetzt entscheidend ist, gemeinsam den nächsten Schritt zu gehen."

Die Veranstaltung ist Teil des Projekts ÖGD Connect und wird über NextGenerationEU finanziert.

Mehr Infos:
→ **akademie-oegw.de/oegd-connect**

PDT EXPO 2025: DIGITALE TOOLS FÜR DEN ÖGD

Autor: **Michael-Podschadel-Hoff**, Digitales und Kommunikation, AÖGW

Mit über 400 Teilnehmenden war die dritte Auflage der Online-Messe des Projektbüros Digitale Tools (PDT) erneut ein voller Erfolg: Die PDT EXPO 2025 am 5. November präsentierte zahlreiche digitale Lösungen zur Arbeitserleichterung in den Gesundheitsämtern und lieferte Impulse zum Gelingen der digitalen Transformation. In seinem Grußwort lobte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Georg Kippels die bisherigen Fortschritte, die die Gesundheitsämter in den vergangenen Jahren beim Thema Digitalisierung gemacht haben. In diesem Kontext bedankte er sich für den Einsatz der zahlreichen Beiratsmitglieder, die durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit im PDT dazu beitragen, nach eingehender Sichtung mittlerweile über 23 Anwendungen für den Einsatz im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) empfehlen zu können.

Als erste Speakerin stellte Dr. Nicole Richardt das durch den ÖGD-Pakt geförderte und von ihr geleitete Projekt ISiÖGD (Geschäftsstelle Interoperable Schnittstellen im ÖGD) vor. Schwerpunktthema ist hier der medienbruchfreie Datenfluss. Richardt skizzierte eine Vision für den ÖGD im Jahr 2035: resilient, vernetzt und digital. Die Fortführung und Weiterentwicklungen der Digitalisierung der Ämter, die durch den Pakt für den ÖGD vorangetrieben wurde, sei unabdingbar für einen krisenfesten Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Nach einer Speed-Pitching-Session, in der insgesamt 16 der ausgestellten Tools in kompakten Videos präsentiert wurden, hatten die Teilnehmenden ausgiebig Zeit für einen virtuellen Messerundgang. Dabei konnten sie nicht nur direkten Kontakt zu den verschiedenen Entwicklungsteams und Anbieter:innen aufnehmen, sondern auch ganz ungezwungen in der Kaffee-Bar oder der Photo Booth zusammenkommen.

Im zweiten Vortrag ging Prof. Dr. Dr. Björn Niehaves, Leiter der AG Digitale Transformation öffentlicher Dienste an der Universität Bremen, der Frage nach, inwieweit der ÖGD als Innovationsmotor für die digitale Transformation der Öffentlichen Verwaltung gewirkt hat – und vielleicht auch nach Ende des Pakts für den ÖGD weiterwirken kann. Sein Fazit: Der ÖGD ist in jedem Fall ein Digitalisierungslabor, das viel Raum zum Gestalten und Ausprobieren gelassen hat – ein Statement, das von den Teilnehmenden der anschließenden Panel-Diskussion aufgenommen wurde. Dabei brachte Dr. Tanja Klenk, Professorin an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, auf den Punkt, was mit Blick auf den ÖGD-Pakt, der von 2021 bis 2026 läuft, viele denken: Damit der ÖGD vom Digitalisierungslabor zum Digitalisierungsmotor werden kann, benötigt es fünf weitere Jahre.

Mehr Infos:
→ **p-dt.org**

Bild: AÖGW

Blick in das virtuelle Foyer der PDT EXPO 2025

PUBLIKATIONEN AUS DER AKADEMIE

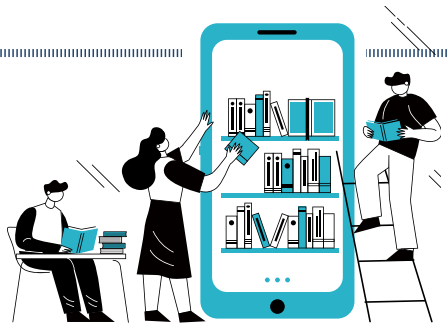


Illustration: Anastasila Boriagina | iStock.com

WIE FUNKTIONIERT SOZIALPSYCHIATRIE IN DER PRAXIS?

Das Fachbuch Sozialpsychiatrische Begleitung von Menschen in prekären Lebenslagen widmet sich den Herausforderungen, denen Fachkräfte in der Begleitung von Menschen mit herausforderndem und „schwierigem" Verhalten in der Sozialpsychiatrie begegnen, wenn sie also mit Menschen arbeiten, die durch Armut, Wohnungslosigkeit, Sucht oder soziale Isolation an den Rand gesellschaftlicher Strukturen gedrängt sind. Die Autor:innen Klaus Obert, Claudia Reinhardt und die Referentin für Sozialpsychiatrie der AÖGW, Kerstin Folgner, beschreiben praxisnah, wie sozialpsychiatrische Begleitung unter schwierigen Rahmenbedingungen gelingen kann.

Die Texte sind verständlich, anschaulich und regen zur Selbstreflexion an. Der kompakte Aufbau erleichtert den Zugang – auch für Berufstätige mit wenig Zeit. Anhand zahlreicher Fallbeispiele wird verdeutlicht, wie Beziehungsarbeit, Kontinuität und eine wertschätzende Grundhaltung zentrale Voraussetzungen erfolgreicher Unterstützung darstellen. Das Buch verknüpft konkrete Handlungserfahrungen mit einer kritischen Reflexion institutioneller und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei wird immer wieder betont, dass Fachkräfte nicht nur therapeutisch, sondern auch sozialpolitisch gefordert sind – etwa beim Einsatz gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung.

Das Buch bietet eine Orientierung für Fachkräfte in Sozialpsychiatrie, Wohnungslosen-, Sucht- und Straßensozialarbeit und ist ein lesenswertes, praxisnahes Werk, das mit realistischen Beispielen und klarer Sprache überzeugt.

K. Obert, F. Folgner, C. Reinhardt
Sozialpsychiatrische Begleitung von Menschen in prekären Lebenslagen
Psychiatrie Verlag (1. Aufl. 2025)
160 Seiten, 22 Euro
ISBN 978-3-96605-313-6

INTERNET-TIPP

KI-MODELL PROGNOSTIZIERT HITZEBELASTUNG

Ein neues KI-Modell der Universität Freiburg und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) soll erstmals hochauflösend und über lange Zeiträume berechnen, wie sich die Hitzebelastung in einem Stadtgebiet künftig pro Quadratmeter entwickeln wird. Das KI-System kombiniert Geodaten wie Gebäudehöhen und Vegetationsstrukturen mit Wettervorhersage- oder Klimaprojektionsdaten zu Lufttemperatur oder Strahlung. Das Modell kann für die Prognose verschiedener Klimaszenarien eingesetzt werden.

Für das Forschungsprojekt diente Freiburg als Pilotstadt. Nach einer Anpassung an spezifische städtische Gegebenheiten kann das Modell laut Universität selbstverständlich auf jede andere Stadt angepasst und angewendet werden und so bei einer klimagerechten Stadtplanung unterstützen. Im Pilotprojekt wurde das zukünftige Freiburger Stadtklima für den Zeitraum 2070 bis 2099 unter drei Szenarien simuliert. Im pessimistischsten Szenario waren pro Jahr tagsüber bis zu 307 Stunden mit starker Hitzebelastung über 30°C gefühlter Temperatur möglich. In der Referenzperiode zwischen 1990 bis 2019 waren es 135 Stunden jährlich.

In der Studie wurde die Hitzebelastung anhand repräsentativer Stadtgebiete Freiburgs in Form eines Industriegebiets, eines Wohngebiets mit altem Baumbestand und der historischen Innenstadt mit mittelhohen Gebäuden und geringer Vegetation gemessen. Weitere Infos zum Forschungsprojekt und zur Originalpublikation finden sich auf der Webseite der Universität Freiburg.

Mehr Infos:
→ **uni-freiburg.de**

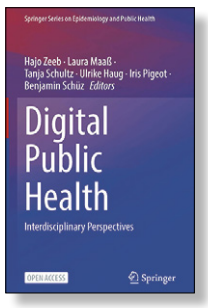
WiR EMPFEHLEN

T. Meyer-Feil, C. Holmberg, U. Karbach, C. Patzelt, M. Stammer, C. Güthlin (Hrsg.)
Lehrbuch Qualitative Methoden in der Versorgungsforschung
hogrefe (1. Aufl. 2025)
224 Seiten, 40,00 Euro
ISBN 978-3-456-86389-4

Qualitative Methoden in der Versorgungsforschung

Um Methoden je nach Forschungsgegenstand angemessen auswählen und weiterentwickeln zu können, sind fundierte Kenntnisse zum vielfältigen qualitativen Methodenspektrum nötig. Für das vorliegende Lehrbuch haben die Herausgeber:innen Darstellungen unterschiedlicher qualitativer Forschungsdesigns mit Bezug zur Versorgungsforschung ausgewählt.

Neben den häufiger zum Einsatz kommenden Methoden wie zum Beispiel teilstrukturierte Interviews und qualitative Inhaltsanalysen stellen die Autor:innen viele weitere vor: Gruppendiskussionen und die Dokumentarische Methode, die biografische Narrationsanalyse, Social Media Content: Qualitative Inhaltsanalyse und Netzwerkanalyse, Ethnografisches Arbeiten sowie Qualitative Evaluation. Kapitel aus der Forschung zum praktischen Vorgehen im Rahmen von Auswertungsprozessen ergänzen die Methodenübersicht. Studierende und Forschende der Gesundheitswissenschaften und Sozialwissenschaften können mit diesem Lehrbuch ihre methodischen Kenntnisse vertiefen.



H. Zeeb, L. Maaß, T. Schultz, U. Haug, I. Pigeot, B. Schüz (Hrsg.)
Digital Public Health – Interdisciplinary Perspectives
Springer (1. Aufl. 2025)
614 Seiten, Open Access
ISBN 978-3-031-90153-9

Digitalisierung, am Menschen orientiert

Der auf Englisch veröffentlichte Band versammelt Perspektiven aus Gesundheits-, Informations- und Sozialwissenschaften. Er zeigt, wie digitale Technologien die Gesundheit beeinflussen – und welche Fragen sich dabei neu stellen. Das interdisziplinäre Handbuch ist im Springer Verlag in der „Series on Epidemiology and Public Health" erschienen und steht zum kostenlosen Download auf der Verlagsseite bereit.

Es umfasst über 30 Beiträge von Fachleuten aus Medizin, Epidemiologie, Psychologie, Philosophie, Rechtswissenschaft, Informatik und weiteren Disziplinen. Sie beleuchten sowohl Potenziale als auch Risiken digitaler Anwendungen: von Fragen der digitalen Gesundheitskompetenz über die ethischen Dilemmata neuer Technologien bis zur konkreten Umsetzung in der Versorgungspraxis. Dabei kommen die Autor:innen zu dem Schluss, dass Digitalisierung kein Selbstzweck sei. Sie müsse sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren – und das verlange nach interdisziplinärer Zusammenarbeit.

C. Böhme, E. Bojarra-Becker, T. Franke, E. Heinrichs, H. Köckler, T. Preuß, M. Schreiber
Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis
Umweltbundesamt
(1. Aufl. 2023)
68 Seiten, kostenloser Download
ISSN 2363-8311

Mehr Gesundheit in der Stadtplanung

Im Zentrum der Publikation des Umweltbundesamts steht die Frage, wie Gesundheitsfaktoren in die Lärmaktionsplanung, in die Grün- und Freiraumplanung sowie in die Stadtplanung und Stadtentwicklungsplanung einfließen können – und welche Zusammenarbeit hierfür notwendig ist.

In fünf Kapiteln widmet sich die reich illustrierte Broschüre einleitend den Kennzeichen einer gesunden Stadt, bevor im Anschluss die Potenziale der Gesundheitsförderung durch eine entsprechende Stadtplanung aufgezeigt werden. Dabei greifen die Autor:innen auf Praxisbeispiele zurück, etwa auf eine Online-Beteiligung in der Lärmaktionsplanung in Bochum oder die Entwicklung eines Gesundheitsparks in Bremerhaven.

Die folgenden Kapitel geben konkrete Handlungsempfehlungen unter anderem dazu, wie Akteur:innen aus Gesundheit und Planung innerhalb der Verwaltung voneinander lernen können und wie die Öffentlichkeit in Planungsprozesse einbezogen werden kann. Die Publikation schließt mit dem Fazit: „Die gesunde Stadt ist machbar".

J. Danckert, M. Baumgarten (Hrsg.)
Stadt und Gesundheit 2040
Nachhaltig gesund leben im urbanen Raum
Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft
(1. Aufl. 2025)
299 Seiten, 64,95 Euro
ISBN 978-3-95466-959-2

Stadt der Zukunft – gesund leben im urbanen Raum

Demografischer Wandel, Klimawandel, Urbanisierung und Digitalisierung sind Trends, mit denen sich ein zukünftiges Gesundheitssystem auseinandersetzen muss. Was wirkt sich positiv oder negativ auf die Gesundheit der Menschen aus? Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten? Welche Gesundheitsleistungen wünschen wir uns und welche können wir künftig leisten? Diese Kernfragen stehen im Zentrum des Buches.

Über 40 Beiträge von mehr als 100 Expert:innen aus den Bereichen Medizin, Pflege, Gesundheitsmanagement, Gesellschaftswissenschaften und Kultur beleuchten das Zusammenspiel von Gesundheit, Gesellschaft und urbaner Lebensweise. In Fokusartikeln zu Nachhaltigkeit und Vielfalt geht es z. B. um klimagesunde Städte, Mobilität oder Gendermedizin.

Welche Veränderungen im Gesundheitswesen nötig sind, um auch 2040 eine leistungsfähige öffentliche Gesundheitsversorgung im urbanen Raum sicherstellen zu können, dazu bietet das interdisziplinäre Fachbuch eine konstruktiv-kritische Zeitreise durch oft in Berlin lokalisierte Zukunftsszenarien.

„GESUNDHEITSFÖRDERNDE STADTENTWICKLUNG – WIR SIND DRAN“

Das Interview führte **Frank Naundorf**, Leiter Team Digitales und Kommunikation, AÖGW

Foto: Malinka | AÖGW

DR. ANJALI SCHOLTEN

leitet seit Juni 2020 das Gesundheitsamt Hagen. Die Doppelfachärztin für Allgemein- und Gefäßchirurgie mit Schwerpunkt Proktologie war 14 Jahre in den Städtischen Kliniken Mönchengladbach, im Universitätsklinikum San Diego (USA) und im Rhein-Maas-Klinikum der Städteregion Aachen tätig, ehe sie im Januar 2020 ins Gesundheitsamt Hagen wechselte. Die 50-jährige Mutter von zwei Kindern ist seit 2023 Sprecherin der Bezirksgruppe Arnsberg im Landesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes NRW.

Gesundheitsämter blicken nach vorn, zum Beispiel in der Stadtentwicklung. Dabei arbeiten sie mit anderen Bereichen der Verwaltung intensiv zusammen. Themen wie der Hitzeschutz stehen ganz oben auf der Agenda. Gesundheitsämter blicken aber auch zurück. Das Gesundheitsamt Hagen etwa hat sich intensiv mit seiner Rolle im Nationalsozialismus beschäftigt und die Öffentlichkeit mit einer Wanderausstellung teilhaben lassen.

Wie ist die Idee zu der Ausstellung „Gegen das Vergessen – Behördliche Gräueltaten während der NS-Diktatur“ entstanden?

In Hagen gibt es schon länger mit der Erinnerungskultur befasste Menschen, welche über Veröffentlichungen, Ausstellungen und Stolpersteinverlegungen Aufmerksamkeit wecken konnten. Im Rahmen einer Ausstellung kam die Frage auf, wie denn die Aufarbeitung der Institutionen aussieht, die zu der Zeit an der Verfolgung beteiligt waren. Diese Frage hat uns wachgerüttelt, denn ohne das „Engagement“ der damaligen Gesundheitsverwaltung wäre es nicht möglich gewesen, so viele Menschen zu verurteilen. Wir haben daraufhin mit den Akteuren einen Projektantrag zur Ausstellung bei der Aktion Mensch eingereicht, welcher bewilligt wurde.

„Zehn Stelen zur Geschichte des Gesundheitsamts“

Was zeigt diese Ausstellung genau?

Die Ausstellung besteht aus zehn Stelen, die vor allem die Verantwortlichkeit des Gesundheitsamts an Gräueltaten im Nationalsozialismus zeigen. Für die Texte und Bilder wurden Akten gewälzt und Archive durchstöbert, der Hagener Geschichtsverein einbezogen und Fotos aus privaten Beständen zur Verfügung gestellt. Eine Stele zeigt zum Beispiel Fürsorgerinnen, die in die Familien gegangen sind, um sogenannte Sippentafeln zu erstellen. Diese Arbeit war die Basis für die Selektion. Die Menschen, die nicht ins Bild der Zeit passten, wurden ins Gesundheitsamt geladen. Dort haben Fürsorgerinnen und Amtsärzt:innen die Menschen untersucht. Das Ergebnis entschied über ihr Schicksal: Es drohten Entmannungen, Sterilisierungen, Zwangsabtreibungen oder Euthanasie. Die Ausstellung schlägt den Bogen in die Gegenwart und zeigt, wie wir im Gesundheitsamt uns heute um die Bürger:innen kümmern, zum Beispiel unsere Motopädin, die bei Kindern mit Förderbedarfen einen Therapieplan erarbeitet und umsetzt, oder Streetworker, die Wohnungslose beraten.

Welche Reaktionen gab es auf die Ausstellung?

Wir hatten unser Vorhaben intern vorgestellt und die Beiträge zu aktuellen Aufgaben mit den Kolleg:innen im Gesundheitsamt entwickelt. Da gab es sehr viel positives Feedback. Wir haben aber mit dem Blick hinter die historische Fassade auch angefangen, unsere Stadt ein bisschen anders wahrzunehmen. Als dann das Wandern der Ausstellung begann, waren die Anteilnahme und Betroffenheit der Besucher:innen groß. Man kennt das Krankenhaus, in dem die Zwangssterilisationen durchgeführt wurden. Man kennt die Psychiatrie, aus der die Menschen in die Tötungsanstalt Hadamar gebracht wurden. Da war eine intensive Bezugnahme zu dem Thema. Und es wurde natürlich auch in den lokalen Medien berichtet.

Wenn sich ein Gesundheitsamt für die Ausstellung interessiert, könnte es diese im Gesundheitsamt Hagen „bestellen“?

Ja, das wäre möglich. Die Ausstellung ist schon durch einige Orte gewandert. Gestartet sind wir in einer Einkaufspassage in Hagen, der Volme Galerie. Die Stelen standen u. a. im Rathaus, in einer Klinik, in der Stadthalle, in der Bibliothek der Fernuni Hagen, bei den World University Games in einer Hagener Mehrzweckhalle und natürlich im Gesundheitsamt. So haben wir tausende Menschen erreicht, ein ganz breites Publikum. Ich würde mir wünschen, dass sich viele Ämter mit ihrer Geschichte beschäftigen und eine ähnliche Ausstellung auf die Beine stellen. Derzeit sind wir übrigens in Gesprächen, um die Ausstellung auf dem ÖGD-Kongress vom 20. bis 23. April in Wuppertal zu zeigen.

Lass uns einen thematischen Sprung machen: Ist Hagen in deinen Augen eine Stadt, die ein gesundes Leben leicht macht – oder eher schwer?

Hagen tut viel dafür, ein gesundes Leben zu erleichtern. Es gibt einen gut ausgebauten ÖPNV und für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer wurden in den letzten Jahren riesengroße, rot markierte Spuren geschaffen. Man bräuchte jetzt nur noch die Puste, um die ganzen Berge erklimmen zu können. Auch das Thema Barrierefreiheit schreibt Hagen groß. Gut fand ich zum Beispiel, dass vom Bahnhof zur Innenstadt alle Bordsteine abgesenkt wurden, sodass Rollstühle dort problemlos nutzbar sind. Zudem bietet Hagen eine Reihe von Parks und Flüssen, die Aufenthaltsräume in der Stadt bzw. am Ufer schaffen. Das Umweltamt hat vor einigen Jahren an der Lenne eine Renaturierung durchführen lassen: Mit solchen Maßnahmen gewinnt die Stadt deutlich an Lebensqualität.

Ist das Gesundheitsamt in die Stadtentwicklung einbezogen?

Ja, sind wir, und es läuft gut. Unser Fachbereich für Stadtentwicklung hat schon früh begonnen, andere Bereiche einzubeziehen, auch uns. Wir arbeiten also aktiv mit, wenn es darum geht, einen Stadtteil zu sanieren, und bringen gesundheitsfördernde Ideen ein. Ein besonders wichtiges Thema ist der Hitzeschutz. Da arbeitet eine Kollegin ganz eng auch mit dem Umweltamt zusammen. Beim Hitzeschutz fokussieren wir auf fünf Gruppen: Wohnungslose, ältere Menschen, Schwangere und Kinder sowie die draußen Arbeitenden.

„100. Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk“

Tauscht ihr euch mit anderen Kommunen zum Thema gesundheitsfördernde Stadtentwicklung aus?

In der Vergangenheit vorwiegend auf regionaler Ebene. Wir sind aber in diesem Jahr das 100. Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk geworden. Darüber bekommen wir unter anderem Infos über Kongresse oder Tagungen. Meine drei Mitarbeitenden aus der Gesundheitsförderung haben so noch besser im Blick, wo sich die Teilnahme für uns lohnt.

Welche Aufgabenfelder sind aus deiner Sicht bei der Stadtentwicklung besonders wichtig?

Ich finde die Reduktion asphaltierter Flächen extrem wichtig. Wir müssen viel mehr schattige, grüne Orte schaffen und die Hitzeinseln verringern. Außerdem wollen wir mehr Räume schaffen für Erholung und Entspannung. Darüber hinaus brauchen wir Orte, die die Interaktion und das Gemeinschaftsgefühl stärken; das können Gemeinschaftszentren sein oder Plätze für Nachbarschaftstreffen. In dem Zusammenhang gab es den Parking Day 2025, in dessen Rahmen eine Straße mittels sogenannter Parklets und Ständen in einen lebendigen Freiraum verwandelt wurde. Aus dieser Aktion soll nun ein dauerhaftes Parklet entstehen, damit Interaktionen zwischen Bürger:innen ermöglicht und soziale Isolation verringert werden können. So etwas ist hilfreich bei der Stressbewältigung und stärkt das soziale Wohlbefinden, welches Einfluss auf die psychische Gesundheit hat. Auf der Agenda oben sehe ich auch einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsleistungen für vulnerable Gruppen.

Wie passen Health-In-All-Policies-Ansätze und gesundheitsfördernde Stadtentwicklung zusammen?

Health-in-all-Policies-Ansätze und gesundheitsfördernde Stadtentwicklung ergänzen sich. Die HiAP-Ansätze zielen darauf ab, die potenziellen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung in allen politischen Bereichen und Entscheidungen mit zu berücksichtigen. Dieser Ansatz kann in die gesundheitsfördernde Stadtentwicklung integriert werden. Wir sollten bei neuen Wohn- oder Gewerbegebieten direkt öffentliche Freiraumanlagen einplanen, verkehrsberuhigende Maßnahmen, sichere Fußgänger- und Radwege, Gemeinschaftseinrichtungen und gesundheitsfördernde Räume. Da sind wir in Hagen dran.

Infos zur Ausstellung:
→ **aoegw.de/r97nf**

IMPRESSUM

Herausgeberin und Vertrieb
Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen
Kanzlerstraße 4, 40472 Düsseldorf
Tel. 02 11/310 96–0, Fax 02 11/310 96–69
akademie-oegw.de

Die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Redaktion
redaktion@akademie-oegw.de
- Prof'in Dr. Dagmar Starke (v. i. S. d. P.)
- Frank Naundorf
- Inga Beckers
- Dr. Andrea Hinsche-Böckenholt
- Sabrina Soth
- Ina Dosch
- Michael Podschadel-Hoff
- Mechthild Bausch

Entwurf und Satz
burbulla.design, Berlin – design@burbulla.com

Anzeigen
Frank Naundorf – naundorf@akademie-oegw.de

Druck
Brochmann GmbH, Digital- & Offsetdruck, Essen
Auflage: 4.000, Ausgabe: Dezember 2025
Erscheinungsweise: vierteljährlich

BLiCKPUNKT Öffentliche Gesundheit ist ein Forum der freien Meinung. Deshalb stellt nicht jeder Beitrag auch die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 2. Februar 2026.

Beiträge für den BLiCKPUNKT bitte als unformatiertes Word-Dokument per E-Mail an die Redaktion schicken; die BLiCKPUNKT-Redaktion behält sich vor, eingehende Beiträge zu kürzen und/oder redaktionell zu überarbeiten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur unter Angabe der Quelle.

ISSN 0177-7165
DOI 10.61163/blickpunkt-25-4